

NOTAR
CHRISTIAN STEER
M. JUR. (OXFORD)



Wer entscheidet einmal für mich?

Vorsorgevollmacht und
Patientenverfügung

Landshut, 30.06.2010

NOTAR
CHRISTIAN STEER
M. JUR. (OXFORD)



„Was sich noch nicht zeigt,
ist leicht zu verhüten.“

Lao-Tse
(6. Jahrhundert v. Chr.)



Situationen für Vorsorgeurkunden

- Der Betroffene ist nicht mehr im Stande, Entscheidungen zu treffen (**Geschäftsunfähigkeit**).
- Hierbei kommt es auf das **geistige Verständnis** an, nicht auf darauf, ob man noch unterschreiben kann.
- Der Betroffene könnte zwar noch selber entscheiden, **möchte** jedoch andere seine Angelegenheiten regeln lassen.

3



Was passiert, wenn nichts geregelt ist?

- Ohne konkreten Anlass gar nichts.
- Anders, wenn es einen **konkreten Anlass** gibt, z. B. Heimunterbringung, Hausverkauf.
- Wichtig: **Keineswegs sind nahe Angehörige (Ehegatte, Kinder) automatisch zur Entscheidung berufen!**
- Auch ihnen gegenüber gilt die ärztliche Schweigepflicht.

4



Was passiert, wenn nichts geregelt ist?

- Das Gericht muss einen **Betreuer** bestellen.
 - Dieser ist dann gesetzlicher Vertreter.
 - Früher „Entmündigung“ genannt.
- Wen wählt das Gericht als Betreuer aus?
 - In erster Linie **Angehörige**,
 - wenn diese geeignet und gewillt sind.
 - Ansonsten wird ein **Berufsbetreuer** bestellt.

5



Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung

- Mit der **Vorsorgevollmacht** wird eine Vertrauensperson ermächtigt, alle Entscheidungen zu treffen.
- Die **Betreuungsverfügung** legt fest, wen das Gericht notfalls zum Betreuer bestellt.
- Die **Patientenverfügung** gibt Anweisungen an Ärzte und Pfleger erteilt.

6



Vorsorgevollmacht

- **Allgemeine Generalvollmacht:**
 - Der Bevollmächtigte darf alles entscheiden, was sonst der Betroffene regeln würde.
 - Insbesondere **Vermögensangelegenheiten**.
- **Vorsorgegeneralvollmacht:**
 - Umfasst insbesondere **medizinische Angelegenheiten** und Fragen des Aufenthalts
 - Muss anhand von Beispielen konkretisiert werden.

7



Vorsorgevollmacht

- **Wer** kann bevollmächtigt werden?
 - Jeder.
 - Meist Ehegatten, Kinder oder andere Verwandte.
 - Aber auch Freunde und Nachbarn möglich.
- **Vertrauen!**
 - Der Bevollmächtigte kann weitreichende Entscheidungen treffen.
 - Es sollten daher nur Personen bevollmächtigt werden, denen man voll vertraut.
 - Denn dem möglichen Missbrauch kann rechtlich nur eingeschränkt vorgebeugt werden.

8



Vorsorgevollmacht

- Innen- und Außenverhältnis
 - Außenverhältnis
 - Wann **kann** die Vollmacht benutzt werden?
 - Innenverhältnis
 - Wann **soll** die Vollmacht benutzt werden?
- Außenverhältnis:
 - Vollmacht gilt sofort und **ohne Einschränkung**.
 - Hieße es: „*Erst gültig, wenn ich krank bin*“, würde die Vollmacht nicht akzeptiert, weil Bedingung schwer prüfbar.
- Innenverhältnis:
 - Bevollmächtigter wird angewiesen, erst tätig zu werden, wenn Vollmachtgeber dazu nicht mehr im Stande ist.
 - Benutzt der Bevollmächtigte die Vollmacht vorher, macht er sich zwar schadensersatzpflichtig. Die von ihm unterschriebene Erklärung ist aber **dennoch gültig**.

9



Schutz vor Missbrauch

- **Vertretungsverhältnis:**
Werden mehrere bevollmächtigt, kann bestimmt werden, dass wenigstens zwei zustimmen müssen.
- **Ausfertigungen:**
Der Vollmachtgeber händigt die Urkunde erst bei Bedarf aus, nicht vorsorglich.
- Das „A und O“ ist und bleibt aber:
Nur Personen bevollmächtigen, die das hundertprozentige **Vertrauen** genießen!

10



Betreuungsverfügung

- Die Betreuungsverfügung legt die Person fest, die im Bedarfsfall vom Gericht zum Betreuer bestellt werden soll.
- Aber: Gerichtliche Betreuerbestellung ist in aller Regel nicht nötig, wenn Vorsorgevollmacht besteht.

11



Patientenverfügung

- Durch die Patientenverfügung (auch „Patiententestament“ genannt) werden Anweisungen an Ärzte und Pfleger erteilt.
- Zunächst werden die **Situationen** beschrieben, für die die Verfügung gelten soll.
- Dann werden die **Maßnahmen** festgelegt, die der Patient wünscht und die er ablehnt.
- Die Patientenverfügung ist **verbindlich**. Ärzte, Angehörige und Gerichte müssen sie respektieren und umsetzen, ...
- ... außer wenn die Patientenwünsche gegen geltende Gesetze verstoßen.
- Aktive Sterbehilfe ist in Deutschland nicht erlaubt.

12



Wie wird die Vorsorgeurkunde errichtet?

- Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung und Patientenverfügung werden meist in einem Dokument **kombiniert**.
- Als Hilfestellung dienen oft **Formulare** (z. B. vom Bayerischen Justizministerium).
- Vor Errichtung der Patientenverfügung kann Gespräch mit dem **Hausarzt** sinnvoll sein, vorgeschrieben ist es aber nicht.
- Muss dann **notariell** errichtet werden, wenn der Bevollmächtigte auch Grundstücksangelegenheiten regeln soll.
- Wird zur Vermeidung von Streit und Zweifeln auch sonst oft notariell errichtet.
- **Kosten** für notarielle Errichtung vermögensabhängig, meist € 60 bis € 150.

13



Zusammenfassung

- Wer für den Fall der **Handlungsunfähigkeit** selbst bestimmen will, was mit ihm passiert und wer für ihn entscheidet, kann dies mit einer Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung erreichen.
- Die **Vorsorgevollmacht** ermächtigt eine oder mehrere Vertrauenspersonen, alle wichtigen Entscheidungen zu treffen. Das gerichtliche Betreuungsverfahren wird hierdurch vermieden.
- In der **Patientenverfügung** werden für bestimmte hoffnungslose Situationen vorab Behandlungswünsche an Ärzte mitgeteilt.
- Ärztliche und/oder notarielle **Beratung** vor Errichtung einer Vorsorgeurkunde ist ratsam, aber nicht zwingend.

14

cs/7/47643

GENERALVOLLMACHT, BETREUUNGS- und PATIENTENVERFÜGUNG

Heute, den dreißigsten Juni zweitausendzehn

- 30.06.2010 -

erschien vor mir,

Christian Steer

Notar in 84028 Landshut, in den Amtsräumen Altstadt 357:

Frau Anna Mustermann, geborene Meier, geboren am 01.01.1932, Rentnerin,
wohnhaft Hauptstraße 12, 12345 Neustadt,
nach Angabe ohne Ehevertrag verheiratet.

Die Feststellung des Namens, des Geburtsdatums und der Anschrift der Erschienenen erfolgte anhand des in Kopie beigefügten Ausweises.

Aufgrund einer längeren Unterredung mit der Erschienenen habe ich mich davon überzeugt, dass die Erschienene voll geschäftsfähig ist.

Auf Ansuchen beurkunde ich die Erklärungen der Erschienenen wie folgt:

1. Generalvollmacht

1.1. Allgemeine Generalvollmacht

Hierdurch erteile ich

- nachfolgend „**Vollmachtgeber**“ -

- a) meinem Ehemann, Herrn Johann Mustermann, geboren am 01.01.1931, wohnhaft Hauptstraße 12, 12345 Neustadt,

- b) meiner Tochter, Frau Clarissa Schmidt, geborene Mustermann, geboren am 01.01.1958, wohnhaft Goethestraße 14, 12345 Neustadt, und
 - c) meinem Sohn, Herrn Thomas Mustermann, geboren am 01.01.1960, wohnhaft Schillerstraße 16, 12345 Neustadt,
- nachfolgend „**Bevollmächtigter**“ -

je einzeln Generalvollmacht, das heißt, jeder Bevollmächtigte ist berechtigt, mich in allen Angelegenheiten, soweit dies gesetzlich zulässig ist, alleine zu vertreten.

Jeder Bevollmächtigte ist berechtigt, für einzelne Geschäfte oder einzelne Arten von Geschäften Untervollmacht zu erteilen.

Jeder Bevollmächtigte ist auch befugt, Rechtsgeschäfte mit sich im eigenen Namen und als Vertreter Dritter vorzunehmen. Die Vollmacht erlischt nicht durch den Tod oder die Geschäftsunfähigkeit des Vollmachtgebers.

1.2. Vorsorgegeneralvollmacht

Hiermit erteile ich den Bevollmächtigten in dem in Ziffer 1.1. geregelten Vertretungsverhältnis Generalvollmacht in persönlichen Angelegenheiten, das heißt, diese Vollmacht gilt für sämtliche Erklärungen zur Personensorge im Falle meiner vorübergehenden oder andauernden Einwilligungs- oder Handlungsunfähigkeit.

Der Bevollmächtigte ist, ohne dass die nachfolgende Aufzählung in irgendeiner Weise abschließend wäre, insbesondere befugt

- a) gegenüber Ärzten, Krankenhäusern, Pflegeheimen oder sonstigen Anstalten, Behörden und Gerichten Erklärungen zur Gesundheitssorge abzugeben oder von diesen entgegenzunehmen, auch Krankenunterlagen einzusehen und alle Auskünfte und Informationen zu verlangen; alle Ärzte, Einrichtungen und Behörden werden von der Schweigepflicht entbunden;
- b) im Namen des Vollmachtgebers in Untersuchungen des Gesundheitszustandes, Heilbehandlungen und ärztliche Eingriffe einzuwilligen oder die Einwilligung zu versagen oder eine bereits erteilte Einwilligung zu widerrufen; dies gilt auch für ärztliche

Eingriffe, bei denen die begründete Gefahr besteht, dass ich aufgrund der Maßnahme sterbe oder einen schweren oder länger dauernden gesundheitlichen Schaden erleide (**§ 1904 BGB**);

- c) den Aufenthaltsort des Vollmachtgebers zu bestimmen;
- d) in freiheitsbeschränkende Maßnahmen im Sinne von **§ 1906 Abs. 4 BGB** (Freiheitsentziehung durch mechanische Vorrichtungen, Medikamente oder auf andere Weise) einzuwilligen, auch für einen längeren Zeitraum oder regelmäßig, oder die Einwilligung zu versagen;
- e) eine Unterbringung des Vollmachtgebers zu veranlassen, auch wenn sie mit freiheitsbeschränkenden Maßnahmen (**§ 1906 Abs. 1 BGB**) verbunden ist;
- f) zur Durchsetzung einer von mir errichteten Patientenverfügung.

Bei widersprüchlichen Anordnungen haben die Anordnungen des Ehegatten Vorrang vor denen der Kinder.

2. Grundverhältnis

Durch die vorstehende Vollmachtserteilung soll die Bestellung eines Betreuers im Falle von Krankheit oder Gebrechlichkeit vermieden werden. Der Bevollmächtigte soll erst dann von der Vollmacht Gebrauch machen, wenn ich nicht mehr für mich selbst sorgen kann oder wenn ich dies ausdrücklich wünsche. Diese Anweisung an den Bevollmächtigten gilt nur im Innenverhältnis; im Außenverhältnis gegenüber Dritten ist die Vollmacht unbeschränkt. Auch wenn ich die ordnungsgemäße Ausübung der Vollmacht nicht mehr selbst überwachen können sollte, halte ich eine Kontrolle durch Dritte nicht für nötig.

3. Betreuungsverfügung

Sollte das Betreuungsgericht gleichwohl eine Betreuung für mich für erforderlich erachten, wünsche ich, dass mein Ehemann, ersatzweise meiner Tochter und weiter er-

satzweise mein Sohn, durch das zuständige Amtsgericht - Betreuungsgericht - zum Betreuer bestellt wird.

4. Patientenverfügung

4.1. Situationen, für die diese Verfügung gilt:

- Wenn ich mich aller Wahrscheinlichkeit nach unabwendbar im unmittelbaren Sterbeprozess befinde.
- Wenn ich mich im Endstadium einer unheilbaren, tödlich verlaufenden Krankheit befinde, selbst wenn der Todeszeitpunkt noch nicht absehbar ist.
- Wenn infolge einer Gehirnschädigung meine Fähigkeit, Einsichten zu gewinnen, Entscheidungen zu treffen und mit anderen Menschen in Kontakt zu treten, nach Einschätzung zweier erfahrener Ärzte aller Wahrscheinlichkeit nach unwiederbringlich erloschen ist, selbst wenn der Todeszeitpunkt noch nicht absehbar ist. Dies gilt für direkte Gehirnschädigung z. B. durch Unfall, Schlaganfall, Entzündung ebenso wie für indirekte Gehirnschädigung z. B. nach Wiederbelebung, Schock oder Lungenversagen. Es ist mir bewusst, dass in solchen Situationen die Fähigkeit zu Empfindungen erhalten sein kann und dass ein Aufwachen aus diesem Zustand nicht ganz sicher auszuschließen, aber äußerst unwahrscheinlich ist.
- Wenn ich infolge eines sehr weit fortgeschrittenen Hirnabbauprozesses (z. B. bei Demenzerkrankung) auch mit ausdauernder Hilfestellung nicht mehr in der Lage bin, Nahrung und Flüssigkeit auf natürliche Weise zu mir zu nehmen.

Vergleichbare, hier nicht ausdrücklich erwähnte Krankheitszustände sollen entsprechend beurteilt werden.

4.2. In allen unter Ziffer 4.1. beschriebenen Situationen verlange ich:

Lindernde pflegerische Maßnahmen, insbesondere Mundpflege zur Vermeidung des Durstgefühls sowie lindernde ärztliche Maßnahmen, im speziellen Medikamente zur wirksamen Bekämpfung von Schmerzen, Luftnot, Angst, Unruhe, Erbrechen und anderen Krankheitserscheinungen. Die Möglichkeit einer Verkürzung meiner Lebenszeit durch diese Maßnahmen nehme ich in Kauf.

4.3. In den unter Ziffer 4.1. beschriebenen Situationen wünsche ich:

- Die Unterlassung lebenserhaltender Maßnahmen, die nur den Todeseintritt verzögern und dadurch mögliches Leiden unnötig verlängern würden.
- Keine Wiederbelebungsmaßnahmen.

4.4. In den von mir unter Ziffer 4.1. beschriebenen Situationen, insbesondere in den Situationen, in denen der Tod nicht unmittelbar bevorsteht, wünsche ich sterben zu dürfen und verlange:

- Keine künstliche Ernährung (weder über eine Magensonde durch den Mund, die Nase oder die Bauchdecke noch über die Vene).
- Verminderte Flüssigkeitsgabe nach ärztlichem Ermessen.

Ich habe diese Verfügung nach sorgfältiger Überlegung erstellt. Sie ist Ausdruck meines Selbstbestimmungsrechts. Darum wünsche ich nicht, dass mir in der konkreten Situation der Nichtentscheidungsfähigkeit eine Änderung meines Willens unterstellt wird, solange ich diesen nicht ausdrücklich (schriftlich oder nachweislich mündlich) widerrufen habe.

5. Hinweise

Der Notar hat insbesondere auch noch auf Folgendes hingewiesen:

Sowohl die Vollmacht als auch die Betreuungsverfügung und die Patientenverfügung können jederzeit einseitig widerrufen oder abgeändert werden. Der Widerruf oder die Abänderung bedarf nicht der notariellen Beurkundung. Bei Widerruf der Vollmacht wird der Vollmachtgeber den beurkundenden Notar davon in Kenntnis setzen, damit nicht weitere Ausfertigungen der Vollmacht erteilt werden. Die Bevollmächtigung bleibt allerdings solange bestehen, bis die Vollmachtsurkunde dem Vollmachtgeber zurückgegeben oder für kraftlos erklärt wird.

Die erteilte Vollmacht kann von dem Bevollmächtigten bis zur Rückgabe der Vollmachtsurkunde abredewidrig oder sonst missbräuchlich verwendet werden.

Lebensgefährliche Heileingriffe, freiheitsentziehende Maßnahmen und u.U. die Beendigung einer lebenserhaltenden Behandlung bedürfen der Genehmigung des Betreuungsgerichts.

6. Abschriften, Registrierung

Ich bitte um die Erteilung einer auf den Bevollmächtigten lautenden Ausfertigung zu meinen Händen und einer beglaubigten Abschrift für mich. Weitere Ausfertigungen sollen dem Bevollmächtigten ohne mein ausdrückliches Einverständnis nur erteilt werden können, wenn er eine andere Ausfertigung lautend auf sich vorlegt.

Diese Urkunde samt der in ihr enthaltenen personenbezogenen Daten und der ev. gesondert angegebenen Telefonnummern soll - kostenpflichtig - im zentralen Register der Bundesnotarkammer für Vorsorgeurkunden eingetragen werden. Der Notar wies darauf hin, dass jeder Bevollmächtigte durch die Bundesnotarkammer von der Eintragung seiner Daten verständigt wird und die Löschung seiner Daten verlangen kann.

Vorgelesen vom Notar,
von der Erschienenen genehmigt
und eigenhändig unterschrieben